sie. Hierbei geht es um Konflikte darüber, wie schnell der Umbau der Industrielandschaft in Deutschland durchgeführt werden soll, wo er beginnen soll und welche Konzerne dabei am besten wegkommen.

Es geht darum wie schnell Benziner durch vorerst mindestens ebenso umweltschädliche Elektroautos ersetzt werden oder wie stark erneuerbare Energien die Kohle als Stromquelle in den nächsten Jahren verdrängen.

Worum es nicht geht ist ein ernsthafter und konsequenter Kampf gegen den Klimawandel oder um eine Sozial- und Steuerpolitik, die ausnahmsweise nicht auf dem Rücken der Arbeiter:innen ausgetragen wird. Denn etwas derartiges schlagen weder CDU, SPD noch Grüne vor.

## Grüner Krieg

Zuletzt wäre da noch die Sache mit dem Krieg. Baerbocks Partner Habeck sorgte im letzten Monat mit seinem Vorstoß, man solle der Ukraine doch „Defensivwaffen“ (was auch immer das sein soll) liefern, für Aufregung. Zwar ruderten sowohl er als auch Kanzleramtsanwärterin Baerbock rasch zurück; dass es sich bei einer solchen Aussage, um einen Versprecher oder einen spontanen Gedanken handelt, braucht man aber nicht zu denken. Gerade die grüne Doppelspitze wurde ja noch vor wenigen Wochen für ihr souveränes Auftreten gelobt. Vielmehr sendet die Partei deutliche Signale aus, wo es außenpolitisch mit ihnen hingehen soll - ob im Kanzleramt oder „nur“ im Außenministerium.

Habeck hat mit diesem Vorstoß die CDU rechts überholt, denn allen ist klar, dass ein solcher Schritt den Konflikt zwischen Ukraine und Russland nur eskalieren kann. Es wäre aber nicht das erste Mal, dass die ehemalige grüne „Friedenspartei“, einen aggressiveren außenpolitischen Kurs durchsetzt als alle Regierungen zuvor. Schon um die Jahrtausendwende herum war niemand als Ex-Sponti und Grüner Außenminister Joschka Fischer besser geeignet in Jugoslawien und Afghanistan gleich zwei deutsche Kriege durchzusetzen und die Friedensbewegung dabei mit der Behauptung, es drohe ein erneutes Auschwitz zu paralysieren.


### PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

**www.perspektive-online.net**

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

**V.i.S.d.P.:**
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer Str. 124
51103 Köln

### PERSPEKTIVE» MOBIL

**Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:**

1. Für die Nummer *0151 16991583* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

### MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*


Bild 1-2: Pixabay.de - CC0
Bild 3: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:MSC_2020_Laschet_Baerbock.jpg, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode



PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 52 | Juli 2021 www.perspektive-online.net

# Regierung will Rentner:innen für die Krise zahlen lassen

*– Von Thomas Stark –*

Im Zuge der Wirtschaftskrise hat der deutsche Staat Billionen für die Rettung von Unternehmen mobilisiert. Jetzt plant die Regierung, die Rechnung der Arbeiter:innenklasse zu präsentieren, u.a. mit einem Großangriff auf die Renten. Von Thomas Stark.

Dass die Rechnung früher oder später kommen würde, lag auf der Hand. Während des heftigen Kriseneinbruchs im letzten Jahr hat der deutsche Staat historisch nie dagewesene Geldbeträge in die Hand genommen, um kapitalistische Unternehmen zu unterstützen. Nach Angaben des Finanzministeriums sollen die Gesamtkosten von Bund und Ländern für Staatshilfen und Garantien letztes Jahr 1,3 Billionen Euro betragen haben. 70 Milliarden Euro davon entfielen allein auf direkte Hilfsgelder der Bundesregierung an Unternehmen.

## Kommt die Rente mit 68?

Weil die Regierung alles dafür tun will, die Profite des deutschen Kapitals weiter zu subventionieren, muss sie die entsprechenden Geldbeträge woanders wieder auftreiben – nämlich bei der Arbeiter:innenklasse. Konkret wurden kürzlich Pläne aus dem Umfeld des Bundeswirtschaftsministeriums bekannt, die Lebensarbeitszeit der Arbeiter:innen zu verlängern. Der „Wissenschaftliche Beirat“ des Ministeriums hat vorgeschlagen, das Renteneintrittsalter auf 68 Jahre anzuheben und die Rentenerhöhungen von der Lohnentwicklung abzukoppeln.

## Was passiert nach der Wahl?

Angesichts der bevorstehenden Wahlen beeilten sich die Kanzlerkandidat:innen von CDU, SPD und Grünen zwar, diese Vorschläge öffentlich abzulehnen. So äußerte Armin Laschet: „Die Rente mit 67 steht.“ Doch glaubwürdig ist das keineswegs, wenn man sieht, wie einhellig Unternehmerverbände und Wirtschaftsinstitute derartige Angriffe auf die Renten seit längerem einfordern. Arbeit“geber“präsident Rainer Dulger erklärte im Januar: „Wenn unsere Lebenserwartung immer weiter steigt, muss unsere Lebensarbeitszeit zwangsläufig auch steigen.“ Ähnlich hatte im vergangenen November schon der wirtschaftliche Sachverständigenrat der Bundesregierung argumentiert. Mehrere Wirtschaftsinstitute brachten im April sogar die Rente mit 69 ins Spiel. Und Laschet selbst hat noch im April gesagt, er halte eine längere Lebensarbeitszeit für notwendig.

## Warum es nicht um die Lebenserwartung geht

Als Argument für ein höheres Renteneintrittsalter wird von Kapitalist:innen und Staat immer wieder die steigende Lebenserwartung und die geringere Kinderzahl der Arbeiter:innen in Deutschland angeführt. Diese Bevölkerungsentwicklung findet zwar statt, ist aber keine Erklärung dafür, warum die Rentenkassen trotz steigender Sozialversicherungsbeiträge chronisch unterfinanziert sind und das Rentenniveau immer weiter sinkt.

Der Punkt ist nämlich: Die Versorgung der Arbeiter:innen im Alter, ist eigentlich ein Bestandteil des Lohns – also des Preises, den Unternehmen für den Kauf der Ware Arbeitskraft zahlen. Dies gilt unabhängig davon, ob die Arbeiter:innen im Schnitt 50 oder 100 Jahre alt werden oder wie viele Kinder sie haben.

Reicht die Rente nicht zum Leben oder müssen die Arbeiter:innen von ihren Löhnen einen immer größeren Teil für Rentenbeiträge abtreten, ist dies Ausdruck davon, dass das Kapital den Preis für die Arbeitskraft drückt, dass also die Löhne sinken. Es findet damit eine Umverteilung von den Arbeiter:innen zu den Kapitalist:innen statt, die sich die Altersversorgung ihrer Beschäftigten sparen wollen. Der Staat organisiert diese Umverteilung über ein kompliziertes Versicherungssystem und verbreitet die Story, die Hungerrenten seien alleinige Folge der Bevölkerungsentwicklung.

Eine Erhöhung des Rentenalters wiederum ist in der Praxis immer dasselbe wie eine Rentenkürzung. Denn viele von uns werden ihren Beruf nicht bis 68 oder 69 ausführen können. Stattdessen müssen sie Rentenabzüge hinnehmen und sich nebenher etwas dazuverdienen. Den damit einhergehenden Anstieg der Zahl verarmter Arbeitskräfte wiederum wird die Kapitalseite dazu ausnutzen, die Löhne weiter zu senken. Arbeiter:innen sind jedoch nicht gezwungen, diese Entwicklung einfach hinzunehmen. Denn das Mittel, um höhere Löhne durchzusetzen, ist – der Streik.





# Wäre Baerbock die bessere Kanzlerin?

*– Von Paul Gerber –*

Es ist nicht lange her, da wurde die frisch gekürte Spitzenkandidatin der Grünen zur möglichen nächsten Kanzlerin hoch geschrieben. Maskenskandale und der Machtkampf zwischen Söder und Laschet hatten den wichtigsten Konkurrenten die CDU stark lädiert zurückgelassen.

Ein paar „enthüllte“ Skandale und Medienkampagnen gegen die „Verbotskanzlerin Baerbock“ später ist diese Perspektive höchstens noch als ungewiss zu bezeichnen. Obwohl man, verglichen mit dem was bei deutschen Berufspolitiker:innen üblich ist, eigentlich nur von Skandälchen sprechen kann. Gleichwohl: Geschönte Lebensläufe und verheimlichte Nebeneinkünfte, die sich Baerbock durch den Grünenparteivorstand praktisch selbst ausgezahlt hat, lassen halt einen Geschmack zurück. Den Geschmack des kapitalistischen Establishment.

Niveaulose und frauenfeindliche Attacken gegen Baerbock dürfen aber nicht als Vorwand dienen, sich gegen das tiefkonservative Bürgertum schützend vor Baerbock zu stellen. Kritisiert werden muss auch diese Scheinalternative zum fünften CDU-Kanzler:in in Folge - nur von einer anderen Seite.

## Der Wille zur Macht

Der Mitte Juni durchgeführte Parteitag der Grünen alleine hat deutlich gezeigt, dass die Grünenspitze vor allem eines will: An die Macht. Diverse Anträge von der Parteibasis, ehrgeizigere Klimaschutzziele oder höhere Hartz-IV Sätze ins Wahlprogramm aufzunehmen, wurden abgelehnt. Unter anderem, weil das Grüne-Spitzenduo Baerbock und Habeck mit dem Hinweis, man brauche realistische Ziele, dagegen auftrat.

In Kreisen von Bänker:innen, Aufsichtsrätsmitgliedern und Start-up-Gründer:innen vertraut man schon länger darauf, dass die Grünen keine übermäßig sozialen Experimente in ihrer Politik starten werden. Anders ist es wohl auch nicht zu erklären, dass der Ex-Chef von Siemens Joe Kaeser, einer der einflussreichsten Industrieherren Deutschlands, öffentlich seine Unterstützung für Baerbock verkündete, da sie für eine „nachhaltige und langfristige Erneuerung“ stehe.

## Ein Streit der Herschenden

So begeistert Manager:innen wie Kaeser, Baerbock fördern, so energisch werfen andere Kreise der Kapitalist:innen mit Dreck auf